Ltd.KVD Allroggen führte aus, dass seit kurzem vom BMAS und der BA ein so genanntes „Rollenpapier“ versandt worden sei, welches aus kommunaler Sicht Anlass zur Sorge bereite:

1. Das Rollenpapier sei geeignet, die bisherige auf gemeinschaftliche Trägerschaft angelegte Struktur zu beschädigen, indem es beiden Trägern (AA und kommunalem Träger) Weisungsrechte gegenüber der Geschäftsführung der ARGE einräume. Die kommunale Seite versuche derzeit, die Schädlichkeit dieses Ansatzes zu verdeutlichen und die Bundesseite davon zu überzeugen, dass ein solches Vorhaben den Erfolg und die Arbeit der ARGEN beeinträchtigen werde.
2. Des Weiteren sei derzeit die Tendenz der Arbeitsagentur zu erkennen, einseitig Kennzahlen und damit auch Maßstäbe für die Beurteilung der Arbeitsqualität der ARGEN vorzugeben. Dies sei schon in der Vergangenheit Gegenstand von Kritik der kommunalen Seite gewesen, da der Gedanke der Zusammenarbeit auf Augenhöhe konterkariert werde.

Abschließend informierte Ltd.KVD Allroggen den Ausschuss, dass auf Kreisebene Gespräche zwischen der ARGE Rhein-Sieg, den Kommunen und der Wirtschaftsförderung stattgefunden haben. Ziel dieser Gesprächsrunden sei es, auf die Kompetenzen Langzeitarbeitsloser aufmerksam zu machen, um sie für die örtlichen Arbeitgeber attraktiv zu machen und diesen Personenkreis langfristig besser integrieren zu können. Ferner fordere die kommunale Seite sei, die Agentur für Arbeit auf, während der Zeit des ALG I Bezuges intensiv dafür Sorge zu tragen, dass eine Reintegration in den Arbeitsmarkt stattfindet, um so ein Abgleiten in Langzeitarbeitslosigkeit mit allen negativen Folgen für alle Beteiligten zu vermeiden.